

China Zahlen sind besser als ihr Ruf

Seit je gibt es Diskussionen über die Verlässlichkeit der Statistiken aus dem Reich der Mitte

Chinas Regierungschef Li Keqiang dient Skeptikern als Kronzeuge: Die offiziellen Daten aus dem Reich der Mitte könnten nicht stimmen, laut der Vorwurf. Ernstzunehmende Stimmen kommen jedoch zu einem anderen Schluss.

MATTHIAS MÜLLER, PEKING

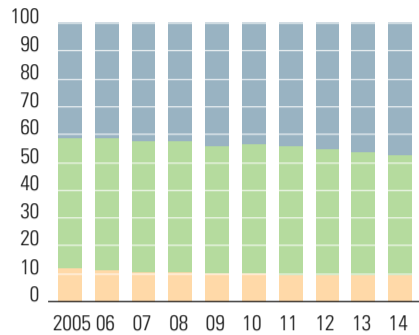
Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn die nationale Statistikbehörde Chinas (National Bureau of Statistics, NBS) am kommenden Montag die Zahlen über die Wirtschaftsleistung der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt im dritten Quartal veröffentlicht, werden postwendend Diskussionen über die Verlässlichkeit dieser Daten beginnen. Mit gefälschten Statistiken hatte das Reich der Mitte schon von jeher Probleme. Während des «grossen Sprungs» unter Mao Zedong hätten sich die Volkswirtschaften im Wettbewerb um Produktionsrekorde mit falschen Statistiken gegenseitig übertrumpft, heisst es in der Mao-Biografie von Felix Wemheuer. An dieser Skepsis hat sich nichts geändert. Mehr als ein halbes Jahrhundert später zweifeln viele Ökonomen immer noch an der Aussagekraft offizieller chinesischer Daten.

Wikileaks sei Dank

Ironischerweise dient ausgerechnet Regierungschef Li Keqiang der Anklage als Zeuge. Während seiner Amtszeit als Parteisekretär der im Nordosten Chinas gelegenen Provinz Liaoning hatte er sich am Rande des Nationalen Volkskongresses in Peking im März 2007 mit dem damaligen US-Botschafter Clark T. Randt getroffen und sich auch über die Daten aus seiner Provinz geäussert. Es dauerte nicht lange, bis das Protokoll über das Gespräch im Internet bei Wikileaks zu finden war und das britische Wochenmagazin «The Economist» daraus den «Li-Keqiang-Index» ableitete. Li mass den gesamtwirtschaftlichen Sta-

Chinas Wirtschaft in einem Transformationsprozess

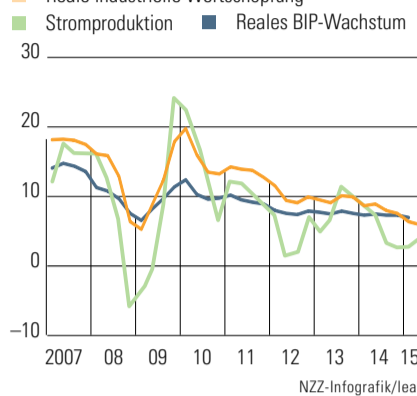
Dienstleister auf dem Vormarsch
Anteile an der Wirtschaftsleistung in %



QUELLEN: IMF, MIZUHO

Sinkender Energiebedarf

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



NZZ-Infografik/lea

tistiken aus seiner Provinz wenig Bedeutung bei. Diese seien von Menschen gemacht und damit unzuverlässig. Vielmehr vertraue er drei Grössen, um einen Überblick über die Wirtschaft der Provinz zu bekommen, sagte er damals zu Randt: erstens dem Energieverbrauch, zweitens dem Güterverkehr auf der Schiene und drittens der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken. Andere Daten wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dienen lediglich als Referenzgrössen, wird Li in dem Protokoll zitiert.

Die Aussagen Lis befremden auch Jahre später noch, weil er als Parteisekretär eigentlich hätte darauf dringen können, verlässliche Zahlen über die Wirtschaftsleistung zu erhalten. Allerdings findet dieser widersprüchliche Punkt in den Diskussionen keine Beachtung. Vielmehr muss Li seitdem als Kronzeuge dafür herhalten, dass die Chinesen es mit ihren offiziellen Statistiken nicht so genau nehmen.

Es gibt jedoch ernstzunehmende Stimmen, die betonen, den Zahlen der nationalen Statistikbehörde Chinas sei weitestgehend zu trauen. Die Ökonomen von Capital Economics hatten jüngst in ihrer Publikation «Making sense of the official GDP data» geschrieben, diese seien nicht «fabriziert», also nicht gefälscht. Da es keine Belge dafür

gebe, dass unter der Hand noch alternative, «wahre» Statistiken existierten, würden die Politiker zwangsläufig den offiziellen Daten trauen – sonst würden sie den wirtschaftspolitischen Prozess im Blindflug steuern, heisst die Schlussfolgerung von Capital Economics.

Auch die Ökonomen Johan Fernald, Eric Hsu und Mark M. Spiegel kommen in ihrer Studie «Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data» zu dem Ergebnis, dass die Qualität der Zahlen über die chinesische Wirtschaftsleistung in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen habe. Da China einen starken Strukturwandel durchlaufe, wodurch die Messung gesamtwirtschaftlicher Daten erschwert werde, lohne sich auch ein Blick auf weitere Indikatoren, lautet die Empfehlung der drei Ökonomen von der Federal Reserve Bank of San Francisco.

Daten von 10 000 Unternehmen

Die Statistiken seien besser als gedacht, sagt auch der an der Hongkong University of Science and Technology lehrende Carsten A. Holz, der im Rahmen seiner Forschung u. a. die chinesische Datenwelt unter die Lupe nimmt. Laut dem Ökonomen ziehen die Statistiker des NBS für die Berechnungen der viertel-

jährlichen Wirtschaftsleistung vor allem die Daten von rund 10 000 Grossunternehmen aus der Industrie, dem Bau- und Gastgewerbe, dem Handel sowie der Immobilienwirtschaft heran. Damit ist rund ein Drittel der chinesischen Wirtschaftsleistung abgedeckt. Zudem berichten noch 350 000 Firmen, die jährlich mehr als 20 Mio. Y (umgerechnet 3,1 Mio. Fr.) Umsatz erzielen, an das NSB. Schliesslich fliessen Stichproben von Kleinstbetrieben ein.

Kein Beleg für Manipulationen

Holz geht davon aus, dass die Daten der 10 000 Grossunternehmen den Statistikern als verlässliche Basis für die Berechnung des BIP-Wachstums dienen. Dieser Wert werde unter Berücksichtigung der Zahlen der kleineren Firmen unter Umständen noch leicht korrigiert. Bei der Festlegung der Quartalswerte für das BIP gebe es zwar politischen Spielraum, um die Zahlen in etwas besserem Licht erscheinen zu lassen, betont Holz. Die Abweichung – nach oben – betrage maximal jedoch nur einen halben Prozentpunkt.

Der Wirtschaftswissenschaftler Holz stützt seine Aussage auf ein statistisches Verfahren («Benford's Law»), mit dem er untersuchte, wie verlässlich die offiziellen BIP-Statistiken Chinas sind. Er könne nicht ausschliessen, dass einzelne Datenpunkte gefälscht seien, doch seine Untersuchungen zeigten, dass es keinen Beleg für systematische Manipulationen gebe, sagt Holz.

Seit der Li-Keqiang-Index vor fünf Jahren im «Economist» erstmals veröffentlicht wurde, gibt es diverse Erweiterungen. In seiner Urform hat er jedoch Schwächen, weil die Messung des Energieverbrauchs schwierig ist und dieser vor allem von der Schwerindustrie getrieben wird. Auch der Güterverkehr auf der Schiene wird vorrangig von Schwergewichten wie der Stahlindustrie in Anspruch genommen. Der in China weitaus wichtigere Transport auf der Strasse fällt unter den Tisch. Und schliesslich spiegelt der Index nicht mehr die sich wandelnde wirtschaftliche

Realität Chinas (vgl. linke Grafik). Seit wenigen Jahren sind die Dienstleistungsbetriebe die treibende Kraft hinter dem Wirtschaftswachstum im Reich der Mitte. Die einst dominierende Schwerindustrie hat an Bedeutung verloren (vgl. rechte Grafik). Dienstleistungen brauchen jedoch deutlich weniger Energie und werden nicht auf der Schiene transportiert. Diese in den ursprünglichen Li-Keqiang-Index einflussenden Grössen haben wegen des Strukturwandels der chinesischen Wirtschaft als Richtwert für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung also an Aussagekraft verloren. Ein Blick auf sie lohnt sich jedoch, um ein umfassendes Bild von der gesamten chinesischen Wirtschaft zu erhalten, wie auch die drei Ökonomen von der Federal Reserve Bank of San Francisco aufzeigen.

US-Präsident auf Maos Spuren

Allerdings hat die nationale Statistikbehörde Chinas im Gegensatz zur Messung der industriellen Wirtschaftsleistung noch erheblichen Nachholbedarf bei der Bestimmung der Wertschöpfung der oft vergleichsweise kleinen Dienstleister. In diesem Punkt könnte es gar sein, dass der gesamtwirtschaftliche Beitrag des tertiären Sektors eher unter denn überschätzt wird. Bei der Berechnung der Wirtschaftsleistung eines Landes handelt es sich also nicht um eine exakte Wissenschaft – und mögliche politische Einflussnahmen, um in besserem Licht dazustehen, sind auch westlichen Demokratien nicht fremd.

Nur wenige Jahre nach Maos «grossem Sprung» mit vielen gefälschten Statistiken erwies sich ein amerikanischer Machthaber als kreativer Manipulator, wie ein Blick auf eine Seite von «Shadow Government Statistics» zeigt. Von dem 36. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, der zwischen 1963 und 1969 im Weissen Haus war, ist bekannt, dass er sich die Berichte über die BIP-Quartalszahlen immer vorab geben liess. Wenn sie ihm nicht passten, mussten sie von der statistischen Behörde «korrigiert» werden.

Kantone wollen die Nullbesteuerung verhindern

Neuer Vorschlag der kantonalen Finanzdirektoren zur Korrektur der Unternehmenssteuerreform

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Patentbox könnte bei manchen Firmen zu einer kantonalen Gewinnsteuerbelastung von unter 1 Prozent führen. Die Kantone wollen dies nun mit einer Zusatzklausel in der Steuerreform verhindern.

HANSUELI SCHÖCHLI

Es war kein Zufall, dass es die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK) Ende August nicht schaffte, die Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III rechtzeitig für die Herbstsession durchzubringen. Bedeutende Fragen waren noch ungeklärt. Sogar die im Grundsatz breit unterstützte Idee der Einführung eines Steuerprivilegs für Erträge aus Innovationen (Patentbox) lässt noch Fragen offen. Laut dem Vorschlag des Bundesrats könnten die Kantone die Bemessungsgrundlage der für die Patentbox zugelassenen Erträge um bis zu 90% reduzieren. Experten mutmassen, dass aufgrund dieses Vorschlags manche KMU mit hohem Schweizer Forschungsanteil in den Genuss einer kantonalen Steuerbelastung auf ihren Gewinnen von unter 1% kommen könnten.

Heikle Privilegierung

Möglich wäre eine kantonale Steuerbelastung nahe bei null in solchen Fällen durch eine Verrechnung der Patentbox-

erträge mit Verlusten aus den ordentlich besteuerten Sparten. Fachleute reden hier von einer Asymmetrie: Einträgliche Bereiche laufen über die privilegierte Patentbox, während Forschungsaufwendungen, die später keine grossen Erträge generieren, in den ordentlich besteuerten Sparten verbucht werden.

Hinzu kommt das heikle Zusammenspiel der Privilegierung der Patentträge mit dem vom Bundesrat ebenfalls vorgeschlagenen Spezialabzug für Forschungsaufwendungen (Abzugsfähigkeit über 100% des effektiven Aufwands). Kombiniert man die beiden Instrumente, wäre auf kantonaler Ebene laut Beteiligten sogar eine Besteuerung der Gewinne von «unter null» (mit Verlustvorträgen) möglich. Dies würde die Kantone stark verunsichern und die Steuerreform belasten – obwohl jeder Kanton die Ermässigungen durch Patentbox und Abzug auf Forschungsausgaben selber festlegen kann.

Ein genereller Lösungsvorschlag liegt nun aber vor. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) hat sich Ende September in einem Brief an die ständerätliche Wirtschaftskommission für einen Sicherheitsmechanismus ausgesprochen. Demnach wäre eine zusätzliche Regel in das Revisionspaket einzuführen, welche festhält, dass die gesamte steuerliche Ermässigung aus Patentbox und Zusatzabzug auf Forschungsaufwendungen höchstens 80% des steuerbaren Gewinns vor den besagten Ermässigungen und vor Verlustver-

rechnungen betragen darf. Aus den genannten Ermässigungen dürften laut dem Vorschlag überdies keine Verlustvorträge resultieren.

Die Kantone könnten damit besser abschätzen, wie hoch die Mindereinnahmen durch die Ermässigungen maximal ausfallen. Auf kantonaler Ebene wären für stark im Inland forschende Unternehmen in manchen Fällen auch so noch ziemlich tiefe Gewinnsteuerbelastungen von vielleicht 3% bis 6% möglich. Die kantonale Belastung mag in manchen Fällen in der Nähe der bisher steuerprivilegierten Spezialgesellschaften liegen, deren Status die Schweiz unter internationalem Druck nun abschaffen muss. Einschliesslich der direkten Bundessteuer (wo keine Privilegien für Patentträge und Forschungsaufwendungen vorgesehen sind) ist bei forschungsintensiven Firmen eine Gesamtbelastung auf den Firmengewinnen von 10% bis 15% denkbar. Bei Grosskonzernen mit international stark diversifizierter Forschung fallen die Ermässigungen durch die Patentbox laut Beteiligten allerdings tendenziell geringer aus, weshalb die Steuerbelastung oft einige Prozentpunkte höher liegen kann.

Der Bund äussert sich zum Vorschlag der Kantone noch nicht verbindlich. Aus der Wirtschaft sind wenigstens zum Teil im Grundsatz Sympathien zu vernehmen. «Wir haben immer gesagt, dass wir keine Nullbesteuerung wollen», erklärt etwa Martin Zogg vom Wirtschaftsverband Swiss Holdings. Aufgrund einer ersten Prüfung erscheine der Vorschlag

der FDK als gangbarer Weg. Die FDK will aber auch noch eine Beschränkung beim Zusatzabzug für Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Während der Bundesrat kein kantonales Maximum vorsieht, will die FDK eine Höchstgrenze von 150% der anrechenbaren Ausgaben. Zudem soll es gemäss FDK keinen Wettbewerb bei der Definition der anrechenbaren Ausgaben geben, sondern der Bundesrat soll die Definition später via Ausführungsverordnung einheitlich vornehmen.

Gegenwind für Zinsabzug

Politisch im Gegenwind steht derweil die Idee eines Steuerabzugs auf der Verzinsung des überschüssigen Eigenkapitals. Wirtschafts- und Beraterkreise setzen sich zwar für dieses Konstrukt ein, das insbesondere mobile Finanzgesellschaften im Land halten soll, doch der Bundesrat und die Kantone sind skeptisch. Der Bundesrat hatte (zugunsten der Abschaffung der Emissionsabgabe auf dem Eigenkapital) darauf verzichtet, den Eigenkapitalzinsabzug ins Reformpaket aufzunehmen. Die FDK bekräftigte, dass die Mehrheit der kantonalen Finanzdirektoren dieses Instrument nicht will, selbst wenn zusätzliche Restriktionen eingebaut würden. Falls das Parlament einen solchen Eigenkapitalzinsabzug dennoch wolle, sollte es laut FDK für Bund und Kantone obligatorisch sein und zudem in das erwähnte Sicherheitsnetz (maximal 80% totale Steuerreduktion) eingebaut werden.

ANZEIGE

Stiftung Kinderdorf Pestalozzi



Schenken Sie gleich doppelt Freude!

www.pestalozzi.ch/shop



Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung.

Herzlichen Dank für Ihre Spende!

Postkonto 90-7722-4